

Slowenien

IRENA BRINAR

Slowenien sind seit der Unabhängigkeit beachtliche Fortschritte bei der Demokratisierung, in der Entwicklung der Wirtschaft, des Rechts- und Sozialstaats wie auch, beschleunigt durch die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, bei der Übernahme des gemeinsamen Besitzstands der Europäischen Union (EU) gelungen. Die Europäische Kommission hat diese erfolgreiche Entwicklung in ihrem letzten Fortschrittsbericht bestätigt. So erfüllt Slowenien in einer Reihe von Politikfeldern bereits die Beitrittskriterien.¹ In diesen Bereichen wurden die Regeln des *acquis communautaire* rechtlich umgesetzt und es wurde Sorge für eine ausreichend ausgestattete Verwaltung zu ihrer Umsetzung getragen.² In anderen Bereichen warten komplexe Sachverhalte noch auf ihre Lösung. Auch muss die Umstrukturierung der Wirtschaft abgeschlossen oder zumindest beschleunigt werden, damit die slowenische Wirtschaft im harten Wettbewerb des europäischen Markts bestehen kann.³

Die Europäisierung der Verfassung

Teil der Beitrittsvorbereitungen sind die bereits eingeleiteten Verfahren zur Verfassungsänderung. Eine Änderung der slowenische Verfassung ist nötig, damit Slowenien der EU oder anderen Integrations- oder Kooperationsformen beitreten kann. Zusätzlich sollen Regelungen, die den Staatsaufbau und die lokale Selbstverwaltung betreffen, geändert werden. In der Nationalversammlung hat der konstitutionelle Ausschuss bereits seine Arbeit aufgenommen. Als der wichtigste Bereich gilt die Teilnahme an internationalen Integration- und Kooperationsformen, Teil davon ist der so genannte „Europaartikel“⁴. Darüber hinaus werden im Ausschuss diskutiert: lokale Selbstverwaltung, legislative und exekutive Referenden, Regierung und Verwaltung, Aufgaben des Staatspräsidenten, Rechtsprechung, Immunität von Abgeordneten, Wahlrecht, Nationalsymbole, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bei der Kandidatenaufstellung, Gleichberechtigung von Behinderten, Rentenrecht, Präambel der Verfassung.

Die Rolle der öffentlichen Meinung im Beitrittsprozess

In den letzten Jahren vollzog sich in der Wahrnehmung der EU und der Rolle Sloweniens im Integrationsprozess ein substanzieller Wandel. Ein Land, das sich bisher ausschließlich mit der Anpassung an den bereits bestehenden Stand der Integration beschäftigte, erlebt sich nun als Mitgestalter der europäischen Zukunft. Ein Forum zur Zukunft Europas wurde nach dem Vorbild des vom Konvent einge-

setzten Forums für die Vertreter der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen. Dort sollen die zentralen Fragen für die Gestaltung der Zukunft Europas diskutiert werden. Auf nationaler Ebene nehmen daran Vertreter der Industrie- und Handelskammern, der Gewerkschaften, der Studentenorganisationen, zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, der kommunalen Gebietskörperschaften, der nationalen Minderheiten und anderer Gruppen und Organisationen teil, ebenso wie Regierungsvertreter und Vertreter des Parlaments. Spezifische Themen werden auf regionalen, lokalen, fachlichen und anderen Ebenen diskutiert.

Von zentraler Bedeutung in diesem Prozess ist die Einbindung der Bürger, die letztlich in einem Referendum über den Beitritt Sloweniens zur EU entscheiden werden. Die Umfragen zeigen, dass die Slowenen sowohl über die EU wie den Beitrittsprozess sehr gut informiert sind.⁵ Dies kann auf die Bemühungen der Regierung zurückgeführt werden, die auf verschiedene Weise versucht, der Öffentlichkeit eine positive Einstellung über die EU zu vermitteln. Seit Mai 1997 betreibt das Regierungsbüro für Öffentlichkeitsarbeit und Medien eine Informationskampagne über die EU und den Beitritt Sloweniens zur Union.⁶ Ziel der Kampagne ist die Verbesserung des Wissensstands über die EU in der slowenischen Bevölkerung. Welcher Erfolg dieser Kampagne nun wirklich beschieden ist, sei dahingestellt; Tatsache ist aber, dass sich die Slowenen gut informiert fühlen.

Dies scheint aber in einem gewissen Gegensatz zu einer positiven Einstellung gegenüber der Union zu stehen. Wenn man verschiedene Umfrageergebnisse vergleicht, geht aus ihnen hervor, dass die Einstellung der öffentlichen Meinung gegenüber der EU sehr stark von der sich verändernden aktuellen politischen und wirtschaftlichen Situation sowohl in der EU wie in Slowenien selbst abhängt. So ist es nicht verwunderlich, dass die Stimmung sehr stark schwankt. Jedoch lässt sich in den letzten Jahren ein allgemeiner Trend von einer sehr positiven zu einer weniger positiven Haltung ausmachen. Im Jahr 1991 befürworteten 92 Prozent einen EU-Beitritt; das war aber eher ein „Plebiszit“ für die Loslösung von Jugoslawien. Von 1992 bis 1996 schwankte die positive Haltung gegenüber der EU zwischen 45 und 35 Prozent. Der Grund für den Stimmungsabschwung im Jahr 1993 wie in den Jahren 1995/96 liegt höchst wahrscheinlich in den Schwierigkeiten, denen sich Slowenien durch die Europaabkommen ausgesetzt sah.⁷ Zwischen den Jahren 1995 und 2000 lassen sich substanzielle Schwankungen beobachten. Im Juli 1997 beispielsweise, als das Parlament das Europaabkommen ratifizierte, hätten 54,6 Prozent für den Beitritt gestimmt. 1998 schwankte die Zustimmung zwischen 61 Prozent im Januar und 51,2 Prozent im Dezember. Der Hauptgrund dieser Schwankungen dürfte in der besonderen innerslowenischen Situation zu finden sein.⁸ Das Sinken der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft von 63 Prozent im August auf 53,4 Prozent im November kann jedoch auch mit der Ausbreitung von BSE in der EU zusammenhängen. In diesen Zeitraum fällt auch die Entscheidung von Parlament und Regierung die Duty-Free-Shops an der slowenischen Grenze zur EU zu schließen. Die finanzstarke Duty-Free-Lobby stellte dies in den Medien als eine wirtschaftsschädigende Maßnahme der Regierung dar, die auf ungerechtfertigte Forderungen der EU zurückzuführen sei. Im März 2002 lässt sich wieder ein ähn-

lich schlechter Wert beobachten (48 Prozent), der sich in erster Linie durch die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über das Agrar- und Finanzkapitel erklären lässt. Im Mai stieg die Zustimmungsrates wieder auf zufriedenstellende 55 Prozent.⁹

Die Umfragen lassen auch große Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen erkennen. Befragte mit höherer formaler Bildung unterstützen die EU-Mitgliedschaft stärker (70,5 Prozent) als Befragte mit nur einfacher Schulbildung (41,8 Prozent). Unabhängig von ihrem Bildungsgrad stehen Angestellte in Krisenbranchen der EU weniger aufgeschlossen gegenüber. Die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft ist unter den Jüngeren mit 66,4 Prozent recht hoch und sinkt in den anderen Altersgruppen stetig ab. Die Landwirte sind die skeptischste Gruppe. Nur 27 Prozent der Landwirte unterstützen den Beitritt. In reinen Zahlen, sie stellen nur etwa 7 Prozent der Bevölkerung, scheint dies eine zu vernachlässigende Größe zu sein, doch aus historischen und psychologischen Gründen beeinflusst ihre Haltung die anderen Bevölkerungsschichten. Angestellte (57,2 Prozent in der Industrie, 68,3 Prozent im Dienstleistungssektor) sowie Selbständige (67 Prozent) sind stärker gewillt die EU-Mitgliedschaft zu unterstützen. Es gibt große Unterschiede zwischen den Befragten, die sich als Anhänger einer Partei verstehen und denen, die den Parteien eher reserviert gegenüberstehen. Befragte, die angeben, einer Partei nahezustehen, unterstützen den Beitritt stärker als diejenigen, die keine Präferenzen für eine Partei haben.¹⁰

Slowenien gelang es bisher nicht, die öffentliche Meinung in den Mitgliedstaaten der EU für eine besonders positive Haltung für den Beitritt Sloweniens zu gewinnen. Obwohl die Fortschrittsberichte der Kommission darlegen, dass sich Slowenien für den Beitritt qualifiziert, erhält es den geringsten Wert bei Umfragen in der EU. Es scheint ein Paradox zu sein, dass das fortgeschrittenste Land der mittel- und osteuropäischen Staaten auf den hinteren Rängen bei der Beliebtheit der Beitrittskandidaten rangiert. 1998 lag Slowenien mit 39 Prozent auf dem zwölften und damit letzten Platz. In den letzten Jahren schwankte die Unterstützung der EU-Bevölkerung für einen Beitritt Sloweniens zwischen 32 Prozent im Juli 1999 und 37 Prozent im November 2001.¹¹ Im Dezember 2000¹² lag Slowenien erstmals vor Bulgarien und Rumänien – und auch der Türkei –, obwohl der Prozentsatz sich nicht wesentlich verändert hatte. Dies war also nur einem Rückgang der Unterstützung für diese Länder geschuldet. Die Regierung spielt diesen Gesichtspunkt nicht hoch, die Presse jedoch schlachtet ihn weidlich aus. Die slowenische Öffentlichkeit nimmt dies weniger als eine Niederlage der Regierung und ihrer europafreundlichen Politik wahr, sondern hält es eher für eine ungerechtfertigte Haltung der EU-Bürger gegenüber dem slowenischen Volk. Dieses Gefühl, nicht erwünscht zu sein, wirkt sich negativ auf die Zustimmung für einen EU-Beitritt aus.

Es wurde wiederholt behauptet, dass das Tempo der Verhandlungen hauptsächlich von der Bereitschaft der Kandidaten abhängt, ihren Transformationsprozess abzuschließen und ihre Hausaufgaben zu machen. Aber je länger die Verhandlungen andauern, um so deutlicher wird es, dass das Verhandlungstempo weniger von der Beitrittsfähigkeit der Bewerber als von der Aufnahmebereitschaft der EU abhängt. Darüber hinaus tendiert die EU dazu, mit zweierlei Maß zu messen und

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Forderungen zu stellen, die nicht durch den *acquis communautaire* gedeckt sind, wenn dies im Interesse einiger Mitgliedsländer ist. Finanzielle Erwägungen spielen dabei eine immer größere Rolle. Es bleibt zu hoffen, dass sich dies nicht in politischen Entscheidungen niederschlägt, die die Kandidaten zu Mitgliedern zweiter Klasse machen. Dies wäre das Ende einer erfolgreichen Erweiterung.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato, M.A., Ludwig-Maximilians-Universität München.

1. Ende Mai 2002 waren in den Verhandlungen mit Slowenien 27 Kapitel abgeschlossen. Die verbleibenden Kapitel sind Landwirtschaft, Regional- und Strukturpolitik, sowie Finanzen und Haushalt.
2. Die Nationalversammlung hat hierfür eine Vielzahl von Gesetzesregelungen erlassen. Slowenien ist das einzige Land, in dem die Regierung die Verhandlungsposition mit einem Ausschuss des Parlaments abstimmen muss.
3. Die wirtschaftliche Entwicklung nimmt momentan eher ab als zu.
4. Die Verfassungsänderung soll den Transfer von Souveränitätsrechten auf eine supranationale internationale Organisation ermöglichen und der Gesetzgebung dieser Organisation unmittelbare Rechtskraft verleihen (Artikel 3 der slowenischen Verfassung).
5. Perception of the European Union, 2001, S.10.
6. Ganz anders verlief die Informationspolitik der Regierung hinsichtlich eines möglichen Beitritts zur NATO. Die politischen Eliten waren zwar von der Notwendigkeit eines NATO-Beitritts überzeugt, warben aber dafür nicht in der Bevölkerung. Dementsprechend ist dort auch die Stimmung zu einem NATO-Beitritt merklich zurückgegangen.
7. So forderte Italien die Möglichkeit, Grundbesitz bereits vor einem Beitritt Sloweniens zur EU zu erwerben; dies hat die idealistischen Vorstellungen der Slowenen gegenüber der EU nachhaltig erschüttert.
8. Für einen breiteren Überblick über den Zusammenhang von internen und externen Ereignissen auf den Ausgang eines Referendums vgl. Adam, Hafner-Fink, Uhan, 2001, S. 141-157.
9. Politbarometer PB5/2002, S.19-20.
10. Politbarometer PB12/2001, S. 11.
11. Standard Eurobarometer, 56 (April 2002), S. 78.
12. Standard Eurobarometer 50 (März 1999), S. 88; 54 (April 2001), S. 83.

Weiterführende Literatur

- Adam, Frane/Hafner-Fink, Mitja/Uhan, Samo (2001): "Slovenia and the European Union: Attitudes and Perceptions", in: Tamas, Pal/Becker,Ulrike (Hg.), Newsletter Social Science in Eastern Europe, Special Edition 2001, Social Science Information Centre: Bonn, S. 141-157.
- Bucar, Bojko/Brinar, Irena: "Slovenia – Political transformation and European Integration", in Skuhra, Anselm (Hg.), EU Eastern Enlargement, Innsbruck: Studienverlag (im Erscheinen).
- Perceptions of the European Union – A Qualitative Study of the Public's Attitudes to and Expectations of the European Union in the 15 Member States and in 9 Candidate Countries (Summary of Results), OPTEM S.A.R.L for the European Commission: Brussels, June 2001, http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/gov/eu2001_sum_en.pdf.
- Politbarometer PB12/0, Fakulteta za družbene vede, Institut za družbene vede, CJMMK: Ljubljana, 2001, <http://www.uvi.si/slo/aktualno/javnomnenske-raziskave/pdf/aktualno.pdf>.
- Politbarometer PB5/02, Fakulteta za družbene vede, Institut za družbene vede, CJMMK: Ljubljana, 2002, <http://www.uvi.si/slo/aktualno/javnomnenske-raziskave/pdf/aktualno.pdf>.
- Report on Slovenia's Progress towards Accession to the European Union, June 2002, Government of the Republic of Slovenia: Ljubljana, 2002, <http://www.gov.si/svez/uk/mainmenu.htm>.
- Regular Report from the Commission on Slovenia's Progress towards Accession, European Commission: Brussels, 2001, http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/si_en.pdf.
- Slovenian Economic Mirror 12/2001, Institute of Macroeconomic Analysis and Development: Ljubljana, 2001, 40 p., <http://www.gov.si/zmar>.
- Standard Eurobarometer: Europäische Kommission: Brüssel, 2002/Nr. 56, 2001/Nr. 54, 1999/Nr. 50.